

**Nicht Wasser predigen und Wein trinken:
Das Westfalenparlament ist kein Selbstbedienungsladen**

**Rede der CDU-Fraktionsvorsitzenden Landrätin Eva Irrgang
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 24.02.2011**

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sparkonzept und Haushaltsplanentwurf 2011 waren offensichtlich Anlass für eine teilweise **schrille Begleitmusik**, bei der dann die **Taktfolge unübersichtlich** wurde und **falsche Noten das Klangbild störten**. Einiges passte auch nicht in die bisher unter allen Fraktionen des Westfalenparlaments vorhandene **Bereitschaft zum Dialog**, wenn man die im Vergleich zu vielen anderen Kommunalparlamenten sehr sachbetonte Zusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten betrachtet.

Bei dieser **Bewertung der Zusammenarbeit** beziehe ich ausdrücklich die **Verwaltung mit ein**. Die sehr geringe Zahl von nicht einstimmigen Abstimmungen in den vergangenen Jahren, wobei es nur relativ wenige Abänderungen der eingebrachten Verwaltungsvorlagen gab, zeigte auch einen breiten **Konsens zwischen Politik und Verwaltung**.

Kritik von außen und selbst die massiven **Angriffe von zwei ehemaligen Landesregierungen unter verschiedenen Ministerpräsidenten auf die Landschaftsverbände, um deren Auflösung bzw. Umwandlung** zu erreichen, konnten mit **vereinten Kräften erfolgreich abgewehrt** werden. Dabei machte es für die LWL-Fraktionen keinen Unterschied, welcher Partei der Ministerpräsident angehörte.

Nun kann das Thema **Verwaltungsstrukturreform** zunächst als beendet angesehen werden: **Die Landschaftsverbände haben Bestand.** Die vielfältigen Leistungen, die der LWL als Dienstleister für die Menschen an über 100 Standorten in Westfalen-Lippe erbringt, sind anerkannt. Allerdings nahm der in den vergangenen Jahren deutlich zu spürende **Finanz- und Spardruck** als Folge der bereits vom Finanzausschussvorsitzenden skizzierten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise für den **Haushalt 2011 gravierend zu.**

Soziales/Finanzierung der Eingliederungshilfe

Von daher ist es wichtig, dass der LWL immer wieder deutlich macht, welche **umfangreichen Hilfen** gerade für **behinderte und kranke Menschen in unserer Region** geleistet werden. Auf diese **positiven Leistungen**, die viele **tausend LWL-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken, Schulen, Jugendheimen und in vielen anderen Einrichtungen** Tag für Tag erbringen, fallen allerdings immer längere Schatten. Es sind die **großen Finanzsorgen**, dass es in naher Zukunft nicht mehr möglich ist, allein **aus kommunalen Mitteln die Eingliederungshilfe - also die Sozialhilfe für behinderte Menschen - zu finanzieren.**

An dringenden Aufforderungen in Richtung Bund und Land, die **Behindertenhilfe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe** zu begreifen und als solche auch **zu finanzieren**, hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dies bislang ohne Erfolg geschah. Die Forderung nach der **Einführung eines Bundesteilhabegeldes** muss deshalb **nachhaltig und dringend** weiter **verfolgt** werden.

Wir müssen allerdings aber bei aller Berechtigung unserer Forderungen zur **Kenntnis nehmen, dass die** Bereitschaft zu **wirksamen Hilfen, in den meisten anderen Bundesländern beteiligen sich wenigstens die Länder mehr oder weniger ausgeprägt an der Finanzierung der Eingliederungshilfe, weder in Berlin noch in Düsseldorf vorhanden ist.**

Dies hängt offensichtlich nicht nur mit den selbst für die Mitglieder des Bundestages schwer **verständlichen Zusammenhängen der in NRW ausschließlich kommunal finanzierten Eingliederungshilfe** oder generell mit **fehlender Bereitschaft** dieser Parlamente dafür zusammen.

Angesichts der beängstigenden **Rekordverschuldung** von **Bund** und **Land NRW** und der **zweistelligen Milliardenbeträge, die dauerhaft für eine wirksame Entlastung der kommunalen Ebene bei der Sozialhilfe für behinderte Menschen** dann insbesondere auf den **Bund** zukommen würden, ist dafür der **Spielraum sehr gering bzw. nicht vorhanden.**

Vor dem Hintergrund der **aktuellen Diskussion um die Höhe der Hartz IV-Regelbeträge und Entlastungszusagen des Bundes** für die Kommunen in diesem Bereich **in Milliardenhöhe**, die von der kommunalen Ebene als noch nicht ausreichend angesehen werden, sollte man **diese Fakten nicht ausblenden.**

Übrigens, auch im Gegensatz zum Medieninteresse, ist **die Finanzierung höherer Hartz IV-Regelsätze** im Verhältnis zu den Finanzierungsschwierigkeiten der Eingliederungshilfe eindeutig das kleinere Problem. **Von den Gesamtsozialhilfeausgaben in Deutschland macht nämlich der Anteil der Eingliederungshilfe, also der gesetzlich ebenso ver-**

pflichtenden Sozialhilfeleistungen für die Menschen mit Behinderungen, **bereits rund 60 % an den Gesamtsozialhilfeausgaben** aus! Eine Bundesbeteiligung daran würde ganz andere Dimensionen erfordern als die Erhöhung der Regelsätze.

Vom weiteren und aufgrund der Fallzahlzunahme zwangsläufigen Anstieg der zu 100 % über die Landschaftsumlage kommunal finanzierten Eingliederungshilfe wird die Akzeptanz unseres Kommunalverbandes abhängen, denn den Kreisen und Städten ist es finanziell nicht mehr möglich, weitere Umlagesteigerungen in den nächsten Jahren zu verkraften.

Sparliste der Verwaltung war notwendig!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ein noch **nie in der Geschichte des LWL so hohes Defizit zwang dazu**, alle in **eigener Zuständigkeit** möglichen Einsparungen aufzulisten und ein **umfangreiches Sparpaket zu schnüren**. Dazu bekam die Verwaltung auch **ausdrücklich den politischen Auftrag**. Diesen Auftrag hat sie erfüllt.

Wie in der Medienberichterstattung mit der verbreitet als „**Giftliste**“ bezeichneten Vorlage und insbesondere auch **politisch** dabei mit der **Verwaltung und dem LWL-Direktor öffentlich umgegangen** wurde, war schon ein **Abrücken von dem bislang zwischen Politik und Verwaltung praktizierten Umgang**. Selbst objektiv nachvollziehbare Fakten wurden nicht zur Kenntnis genommen, bzw. **bewusst anders dargestellt**.

Bei zahlreichen und den insgesamt sicherlich sehr weitgehenden Sparvorschlägen der Verwaltung wurde bei mehreren Anträgen unterschlagen, dass die **Verwaltung selbst durch die entsprechende Auflistung der Pro- und Contra-Argumente deutlich gemacht hatte**, dass aus nachvollziehbaren Gründen **eben nicht eine Streichung** oder weitere **Kürzung der LWL-Förderung empfohlen** wird.

Meine Damen und Herren,

Politikgestaltung sieht anders aus!

Wer sich als **Gestaltungsmehrheit** bezeichnet, sollte dafür nicht den Beweis schuldig bleiben. Wir erlebten bei den Beratungen der letzten Woche eine **Inflation von Anträgen**. Die meisten hatten wenig **substantielle Inhalte**, dafür mehr mit **Symbolpolitik** zu tun. Bei mehreren Anträgen konnte man selbst **mit dem Holzschuh fühlen**, dass diese Anträge und Anfragen gestellt wurden, um den **kleinsten gemeinsamen Nenner bei offensichtlich sehr unterschiedlichen Ansichten in der Koalition** deutlich zu machen.

So wurde beispielsweise die von der Verwaltung vorgeschlagene **Privatisierung der Verteiler und Spülküchen an den Schulen in Herten, Reken und in Paderborn über Catering unter** der Maßgabe, die Qualität für die Versorgung mit Mittagessen voll beizubehalten, abgelehnt. Bekanntlich hatte die Verwaltung für die externe Versorgung des Verteiler- und Spüldienstes und die Vergabe der Mittagsversorgung ein **jährliches Einsparvolumen von über 50 000 Euro ermittelt**.

Dass diesen **Ablehnungsantrag auch noch die FDP im Ausschuss begründete**, die bekanntlich nicht nur in ihrem Grundsatzprogramm eine **entgegengesetzte Auffassung hinsichtlich Privatisierungsfragen** vertritt, entbehrt nicht einer gewissen **Ironie**.

Offensichtlich als Ausgleich für diesen tapfer von der **FDP begründeten Antrag** wurde dann **im LA** in der **letzten Woche** der von den Ampelfraktionen **formulierte Prüfungsantrag** eingebracht, ob durch die **Privatisierung des Sicherheitstechnischen Dienstes**, im Antrag nannte man dies „**Outsourcing**“, nicht auf längere Sicht, man höre und staune, **Kostenvorteile für den LWL erzielt** werden könnten.

Warum man **50 000 Euro Kosteneinsparung** bei der Mittagessensversorgung an drei KM-Schulen des LWL und beim Verteiler- und Spüldienst **nicht realisieren**, dafür aber den „Sicherheitstechnischen Dienst“ privatisieren will, hat mit Logik wenig zu tun. Vor allem auch, da bei der **Privatisierung des Sicherheitstechnischen Dienstes Einsparungen** angesichts des Alters der drei Mitarbeiter in diesem Bereich und vor dem Hintergrund der in der LWL-Verwaltung vorhandenen Mitarbeiterzahl gegenüber den ausgewiesenen Stellen **nicht realisierbar sind**.

Wenn man **mehr Mitarbeiter aktuell an Bord als Stellen hat** und gleichzeitig noch Aufgaben, die natürlich auch bezahlt werden müssen, nach außen vergibt, dann ist dies doppelt unwirtschaftlich. Dazu muss man die Verwaltung nicht mit **überflüssigen Prüfungsaufträgen** belasten. Auf der anderen Seite werden der Verwaltung von ihr für notwendig **gehaltene Überprüfungen durch Anträge** untersagt – oder beispielsweise wie im **Jugendhof Vlotho**, die **Erwirtschaftung zusätzlicher Honorare**.

Aber:

Nicht nur die Verwaltung - auch die Politik muss sparen !

Die Beratungen über die Sparvorschläge der Verwaltung und vorgenommene Veränderungen können allerdings auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass **insgesamt die Sparmaßnahmen zu Einschnitten führen** werden. Den **Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege** und den **eigenen Einrichtungen** wird durchaus einiges abverlangt und auch in Zukunft sicher noch mehr werden. Von daher wäre auch für die **Politik** gut beraten, **nicht Wasser zu predigen und Wein zu trinken**.

Mit der **Einsparung der Dezernatsstelle** hätte man ein richtiges Zeichen setzen und eine **Einsparung von mindestens 160 000 Euro jährlich** realisieren können. Als Mitglieder der Ampelkoalition glauben sie doch selbst nicht daran, dass Herr Löb nicht nahtlos die „**Oberleitung**“ des **Bau- und Liegenschaftsbetriebes**, der übrigens ja schon durch eine „**doppelte**“ – eine technische und eine betriebswirtschaftliche – **Amtsleitung** gut bestückt ist, weiterführen kann. Gleiches gilt für unseren **Vorschlag der Zuordnung** der kommunalen **Versorgungskassen**.

Unsere Bedenken zur Qualifikation zu der soeben von Ihnen gewählten Landesrätin haben wir bereits im LA vorgetragen und sie bleiben für uns auch bestehen.

Leider wird auch bei den Kosten der **parlamentarischen Arbeit** **nicht nur nicht gespart**, sondern sogar **kräftig mehr Geld ausgegeben**. Dies ist somit ein weiteres **Negativbeispiel** für **politische Glaubwürdigkeit**.

Der Öffentlichkeit ist zu erklären, warum überall gekürzt wird, nur nicht beim Aufwand für die **ehrenamtliche Tätigkeit**. Im **letzten Jahr** kostete diese beim LWL **über 336 000 Euro mehr als 2009!** Eine gewaltige Steigerung, auch wenn berücksichtigt wird, dass das Jahr **2009 wegen der Kommunalwahl** als Vergleichsjahr nur bedingt tauglich ist.

Auch der **HH-Ansatz 2010** mit immerhin schon **950 000 Euro** wurde noch um satte **124 000 Euro überschritten**. Würde die CDU sich wie die Grünen verhalten, dann würden wir zu den **41 gewählten Mitgliedern** unserer Fraktion noch weitere **50 Mitglieder als sachkundige Bürger** aufnehmen und diese vom **Steuerzahler alimentieren lassen**.

Gegenüber der **SPD-Fraktion** könnten wir z.B. die **Zahl unserer Vorstandssitzungen glatt verdreifachen**, ohne deren schon erreichte Sitzungszahl zu übertreffen. Mit **540 abgerechneten Sitzungen** in **2010** gegenüber der schon recht **beachtlichen Anmeldung** zu Beginn des Jahres 2010 mit **375 Sitzungen** ist dieses Verhalten auch nicht mehr mit allgemeinen Floskeln vom „**Wert der parlamentarischen Arbeit**“ und das „**Demokratie nun mal Geld kostet**“ begründbar.

Da bekanntlich keine Monatspauschale, sondern mit **86,50 Euro pro Sitzung** ein relativ hohes Sitzungsgeld für Mitglieder der Lvers. gezahlt wird, **plus Erfüllung** des Anspruchs **auf Verdienstaufschlag** und der **Gewährung** - angesichts der Größe des Verbandsgebietes - nicht unerheblichen **Fahrtkosten**.

Unser Antrag, **eine konkrete Obergrenze für die entschädigungspflichtigen Fraktionssitzungen** einzuführen, da bis auf die CDU die anderen Fraktionen leider die schon vor Jahren vereinbarten freiwilligen Beschränkungen immer mehr vernachlässigen, wurde zudem **abge-**

lehnt. Solche Mehrheitsbeschlüsse sind in diesen Zeiten natürlich besonders glaubwürdig. Sie werden sicherlich auch in unseren Mitglieds-körperschaften wahrgenommen.

Landschaftsumlage 15,7 Prozentpunkte

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die CDU-Fraktion lehnt den Haushaltsplan ab, wie er **jetzt nach** den **Beratungen in den Ausschüssen vorliegt.**

Mitte Januar hatte **sich die CDU-Fraktion** aufgrund der vorgelegten Zahlen aus der 1. Modellrechnung und der für den LWL seit der Haushaltseinbringung eingetretenen Verbesserungen **für eine Umlagehöhe von 15,7 Prozentpunkte entschieden.**

(An dieser Stelle bitte ausdrücklich protokollieren:

- 1. Ablehnung HH-Plan**
- 2. Zustimmung zum Hebesatz 15,7 %)**

Wir konnten **erfreut feststellen**, dass nach **langer Beratungszeit** auch die **Ampelkoalition unserer Argumentation gefolgt ist** und ebenfalls für **15,7 % eintritt.** Das lässt ja hoffen, dass durchaus noch gemeinsame Überlegungen vorhanden sind, auch wenn manche sie nicht ohne weiteres öffentlich äußern dürfen. Auch für Sitzungsunterbrechungen nach spontanen Äußerungen haben wir Verständnis.

Weniger Verständnis vor dem Hintergrund einer Landschaftsumlage in Höhe von nur 15,7 % habe ich für die Auslassungen des **SPD-Fraktionsvorsitzenden in Dortmund Anfang dieser Woche.**

Es ist ausschließlich **der Systematik der Umlagefinanzierung geschuldet**, dass die **Stadt Dortmund mehr an den LWL überweisen muss**, die meisten Kreise dagegen weniger gegenüber 2010. Insofern macht **nicht der LWL der Stadt Dortmund einen bereits genehmigten Haushalt kaputt**.

Außerdem, Herr SPD-Fraktionsvorsitzender Prüsse aus Dortmund, nicht die **Treckerfahrer aus dem Münsterland haben in der Landschaftsversammlung die Mehrheit**. Es mag ja bei Ihnen genauso wie bei uns so angekommen sein, dass die eigenen Genossen im Westfalenparlament teilweise am **Nasenring** geführt wurden. Sie sollten aber nicht bei einem solchen Empfinden gleich die ehrbare Tätigkeit des Treckerfahrens herab urteilen.

Einen **modernen Trecker zu bedienen**, dürfte **heute sogar viele Fraktionsvorsitzende überfordern**. Und das **Münsterland** ist wie **Ostwestfalen, Südwestfalen** und das **Ruhrgebiet** eine ebenso wichtige Teilregion in einem starken Westfalen, das als wichtigste **Klammer vom LWL zusammengehalten** wird.

Diese Klammer sollte auch in schwierigen Zeiten nicht geschwächt, sondern nach Möglichkeit gestärkt werden!

Nur gemeinsam und durch geschlossenes Handeln in allen Teilregionen ist Westfalen-Lippe im Wettbewerb der Regionen stark und wird in Düsseldorf, Berlin und Brüssel entsprechend wahrgenommen.